

Stellungnahme zu Antrag/Anfrage

Nr. AF/0048/2013

Beratung im **Stadtrat** am **14.03.2013**, TOP öffentliche Sitzung

Betreff: Anfrage der FDP-Ratsfraktion zum Thema Bedarf von Kita-Plätzen für U3-Jährige

Stellungnahme/Antwort:

1. Liegen der Stadt reale Bedarfswerte im U3-Bereich vor?

Reale Werte“ (Ist-Daten) sind zur Inanspruchnahme der Kita-Betreuung vorhanden, auch differenziert für Koblenz (z.B. Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund, Wohnort) und werden bei der jährlichen Fortschreibung der Bedarfsplanung berücksichtigt.

2. Wenn ja, wie hoch sind diese?

Die Bedarfsprognosen werden gemeinsam mit Fachkräften und Trägern der Kindertagesstätten in Koblenz im Rahmen der AG TaB und in Planungsraumkonferenzen entwickelt. Die Festlegung der Betreuungsquote erfolgt im Rahmen der jährlichen Fortschreibung der Kitabedarfsplanung durch Beschluss im Jugendhilfeausschuss nach vorheriger Erörterung in der AG Kita.

Die aktuell festgelegten Soll- oder Bedarfskennwerte für die U3-Kinder (Alter vor Beginn eines Kindergartenjahres, also am 01.07.) für Kindertagesstätten und Kindertagespflege betragen für Kinder von:

0 bis 1 Jahre:	10%
1 bis 2 Jahre:	60%
2 bis 3 Jahre:	100%

Aus der Umsetzung dieser Soll-Werte in zusätzliche Kita-Plätze (Maßnahmenprogramm) resultiert aktuell eine Versorgungsquote von ca. 38%.

3. Wenn nein, besteht die Möglichkeit durch eine Umfrage diese zu ermitteln?

Eine Umfrage ist aus Sicht der Verwaltung nicht notwendig, da wie unter 1 und 2 ausgeführt, reale Werte vorliegen. Im Übrigen ist gegenüber Umfragen (Fragebögen) Skepsis angebracht:

- Komplexität der Fragestellung wegen individuell unterschiedlicher Bedarfe erfordert ein umfangreiches und kompliziertes Instrument

- Bereitschaft von Eltern, Fragebögen in dieser Form zu beantworten, ist sehr eingeschränkt
- Fragen müssen spekulativ formuliert werden (was wäre, wenn?), realiter können Nachfragen der Eltern deshalb deutlich von ihren Antworten abweichen
- Je nach soziokulturellem Hintergrund können Fragen schwer verständlich sein.
- Repräsentativität ist daher nicht zu erwarten

Qualitative Erhebungsinstrumente (Interviews) wurden bereits für einzelne Nachfragen eingesetzt und erbringen verlässlichere Ergebnisse, können aber nicht flächendeckend für die Stadt eingesetzt werden.

4. Welche Kosten würden dafür entstehen?

Der Verwaltung lag ein Angebot der TU Dortmund für eine fernschriftliche Vollerhebung vor, wonach alleine Portokosten von ca. 2.200 € entstanden wären. Hinzu wäre ein hoher zusätzlicher verwaltungsinterner Aufwand für Datenbeschaffung, Organisation der Befragung und Auswertung zu veranschlagen gewesen.

Aufgrund der Kosten-Nutzen-Betrachtung hat die Verwaltung daher eine Beteiligung an dem Projekt der TU Dortmund nicht in Betracht gezogen.